

Ich begrüße Sie zu einer Stunde Information zum Mittag.

Keine großen Lohnsprünge, so lautet die Richtschnur der Arbeitgeber der Metallindustrie für die Herbstlohnrunde.

Wie die heuer verlaufen dürfte, hören Sie vom Lohnexperten des Vivo Benjamin Bicci. Quereinsteiger sollen die Personalnot auch in der Elementarpädagogik lindern.

Großbritannien nimmt wieder am EU-Wissenschaftsprojekt Horizon Teil, der Brexit hatte auch gravierende

Auswirkungen auf die Forschung.

Gast im Mittagsschönl ist dazu die ehemalige Präsidentin des Europäischen Forschungsrats Helga Novotny.

Lange hat US-Präsident Biden bei Erdöl-Bohrungen in Alaska einen Zickzackkurs eingeschlagen, jetzt scheint doch der Umweltschutz die Oberhand zu gewinnen.

Immer mehr Krebsfälle in der Altersgruppe der 14- bis 49-Jährigen, wir ordnen die weltweite Studie und mögliche Erkenntnisse daraus ein, mit Maria Sibilia, Leiterin des Zentrums für Krebsforschung der Medizinischen Universität Wien.

Und das Theater in der Josefstadt startet heute Abend in die neue Saison mit Ipsens Stützen der Gesellschaft.

Erster Programmpunkt, der Blick aufs Wetter mit Simon Kulldorfer.

Die Frühliberfelder sind wieder Geschichte, es ist im ganzen Land weitgehend wolkenlos und das Temperaturniveau ist durchaus hochsommerlich.

In Wien hat es aktuell 23 bis 26 Grad, in St. Pölten, Eisenstadt und Linz 25, in Graz und in Innsbruck 24 Grad, Salzburg 23, Klagen vor 22 und Bregenz 21 Grad.

Es bleibt bis zum Abend ungetrübt sonnig, nur vereinzelt sind kleine Wolken zu sehen.

Und die Temperaturen erreichen noch 23 bis 29 Grad, dazu wie den Oberösterreich im Wald und Moszwiertelteils lebhafter Ostwind, sonst ist nur eine leichte Prise zu spüren.

Am 25. September also in zweieinhalb Wochen starten die Herbstlohnrunden, denn Auftakt bilden wie jedes Jahr die Kollektivvertragsverhandlungen für die metalltechnische Industrie.

Was man jetzt schon ohne Zweifel sagen kann, ist, dass das Tautsienheuer besonders schwierig werden dürfte, weil die für die Verhandlungen maßgebliche Inflation bei fast 10 Prozent liegt.

Wie das Benjamin Bitschee vom WIFO einschätzt, hören Sie gleich, zuvor Maria Kern über die Ausgangslage für die Lohnverhandlungen aus Sicht der Arbeitgeber, die haben am Vormittag ihre Standpunkte dargelegt.

Laut aktuellen Konjunkturdaten von diversen Instituten stagniert die heimische Wirtschaft, beziehungsweise sie befindet sich sogar in einem leichten Abwärtstrend.

Das spürt naturgemäß auch die Industrie.

Christian Knil, der Oppmann der metalltechnischen Industrie in der Wirtschaftskammer, zeichnet dementsprechend ein düsteres Bild von seiner Branche.

Die gesamte Industrie und speziell auch unsere metalltechnische Industrie steckt in einer Rezession.

Wir erwarten heuer einen Rückgang der Produktion von fast 6 Prozent, die Auftragseingänge sind dramatisch gefallen, fast 20 Prozent.

Und so knil weiter.

Und es wird auch immer so gesprochen, dass wir so viel Dividenden ausschütten und so

reich sind.

Und was ist über alles?

Die Realität zeigt aber deutlich was anderes.

Hier sehen wir jetzt die Gewinnentwicklungen beziehungsweise was rechnet unsere Unternehmen. Jedes dritte Unternehmen, und das ist schon dramatisch auch eine große Steigerung zu den Werten, die wir vorher gehabt haben, rechnet heuer bereits mit einem Verlust, also mit einem Minus.

Der Arbeitgebervertreter will daher für die heurigen Lohnverhandlungen nicht einmal die Abgeltung der Inflation zusagen und er begründet das unter anderem so.

Die können sagen, ich habe noch nie so viele Anrufe gehabt wie jetzt, wo Firmen sehr nervös sind und anrufen und sagen bitte heuer geht das nicht, wir können heuer nicht so abschließen wie in der Vergangenheit.

In der Vergangenheit war immer die sogenannte rollierende Inflation Ausgangspunkt für die Kollektivvertragsverhandlungen.

Das ist die durchschnittliche Inflation der vergangenen 12 Monate und die liegt diesmal bei 9,6%.

Die Gewerkschaft pocht wie in den vergangenen Jahren darauf, dass es mehr als eine Inflationsabgeltung geben muss.

Knil entgegnet?

Grundsätzlich gilt nämlich, wir können nur das verteilen, was wir auch erwirtschaften.

Bei den heurigen Herbstverhandlungen gibt es daher heuer wenig Spielraum und wir müssen schauen, dass wir eher neue Lösungen finden.

Die bisherigen Formeln haben bei so einer hohen Inflation keine Zukunft.

Wie diese neuen Lösungen aussehen könnten, das ließ Knil allerdings offen.

Er verwies lediglich darauf, dass die Industrie nicht dazu da sei, die Kaufkraft zu sichern und die Inflationssurgenze abzudecken.

Das sei maßgebliche Aufgabe der Politik.

Eines ist damit gewiss, die Verhandlungen für die 137.000 Beschäftigten in der metalltechnischen Industrie dürften äußerst zäh werden.

Insider sagen schon jetzt, dass alles andere als Streiks eine Überraschung wäre.

Und ich bin jetzt mit Benjamin Bitschi verbunden.

Er ist Lonexperte des WIFO und beobachtet die Kollektivvertragsverhandlungen seit Jahren.

Schönen guten Tag.

Schönen guten Tag.

Herr Bitschi, Rezessionsängste, Plagen, die Branche, geht es der Metallindustrie wirklich so schlecht wie Arbeit Gebervtreter Knils im Beitrag sagt?

Ja, also das ist auch etwas, was unsere Daten zeigen, dass es tatsächlich so ist, dass sich die Industrie in einer Rezession befindet und dass auch der wirtschaftliche Ausblick nicht nur in der Industrie, auch für weite Teile der österreichischen Wirtschaft nicht allzu gut sind.

Da hilft es auch nichts, dass viele Betriebe im vergangenen Jahr gut verdient haben?

Genau, wobei sozusagen dieser gute Verdienst im vergangenen Jahr auch schon sozusagen in der Industrie nicht so gut war wie in den Jahren zuvor, aber eben es ist so, dass das

vergangenen Jahr in der Industrie nicht ganz so gut gelaufen ist und der Ausblick tatsächlich negativ ist.

Schauen wir auf die bevorstehenden Lohnverhandlungen.

Fast 10 Prozent Inflation.

Die Lohnforderung wird wohl zweistellig ausfallen.

Davon ist mit Sicherheit herauszugehen oder das sind ja auch die Ankündigungen der Gewerkschaft, dass man die rollierende Inflation, wie sie im Vorbericht erwähnt haben, von rund 9,5 Prozent und ein Anteil oder die gesamten Produktivitätsvorschritt einfordern wird und dann wird man jedenfalls mit zweistelligen Lohnforderungen rechnen müssen.

Die Arbeitgeber haben heuer mit dem neuen proG-Chef Reinhold Binder ein neues Gegenüber, der will sich vermutlich auch profilieren.

Erwarten Sie da besonders harte Verhandlungen?

Also ich will jetzt nicht unbedingt sagen, dass es an den personellen Konstellationen hängt, wobei das natürlich vielleicht auch irgendwie eine Rolle spielen kann, aber es ist tatsächlich so, glaube ich, dass von den fundamentalen Daten die vorliegen.

Diese hohen, hohe rollierende Inflation, der hohe realen Verlust, der sich bis jetzt ergeben hat, dass das eher die Anreize sind für die Gewerkschaft zu verhandeln und dass das jetzt sich nicht unbedingt auf personeller Ebene abspielen muss.

Bis er war es eher so, 3 bis 4 Prozent über der Inflation wurde gefordert, der Abschluss lag dann so ein bis zwei Prozent darüber, mit welchem Abschluss rechnen Sie heuer?

Das ist tatsächlich sehr schwer vorherzusehen, weil es natürlich ein Dilemma ist in dieser Situation, dass tatsächlich sozusagen eine Berechtigung hat, die hohen Lohnforderungen aufgrund der hohen Inflation, aber natürlich ist auch berechtigt die Darstellung der wirtschaftlichen Lage und das wird eine schwierige Kompromissfindung mit Sicherheit.

Aber ich glaube, es ist jetzt sehr schwer vorherzusagen, was dann letztendlich der Abschluss sein wird und da muss man eben die Verhandlungen abwarten.

Der Arbeitgebervertreter Knil hat im Beitrag auch anklingen lassen, er kann sich einen Abschluss unter der Inflationsabgeltung vorstellen.

Das ist natürlich ein rotes Tuch für die Gewerkschaft.

Halten Sie so etwas für denkbar heuer, einen Lohnabschluss unter der Inflation?

Also prinzipiell ist es ja nicht das erste Mal, dass eine vor den Verhandlungen eine Forderung der Arbeitgeberseite ist, war schon öfter im Spiel sozusagen nur die Kerninflation zum Beispiel abzugelten.

Also von dem her würde ich sagen, das ist typische Vorgangsweise vor den Lohnverhandlungen.

Natürlich wird es so sein, wenn tatsächlich der Inflationsdruck nachlässt, dass auch ein Abschluss unterhalb dieser rollierenden Inflation Reallung, Gewinne für die Beschäftigten ermöglichen würde.

würde.

Das ist sozusagen der einzige Vorteil vielleicht in den diesjährigen Verhandlungen, was zu Erleichterungen führen könnte.

Das heißt, auch ein Abschluss unter der rollierenden Inflation würde Lohnsteigerungen bringen.

Aber natürlich glaube ich, dass sich die Gewerkschaft so einen Kompromiss sehr teuer abkaufen lassen würde, vielleicht mit Arbeitszeitverkürzungen oder ähnlichen Dingen.

Also ich würde nicht erwarten, dass das ein Punkt ist, auf den die Gewerkschaft gerne

aufspringt.

Also Sie haben da jetzt quasi auch schon einen Vorgriff gemacht, im nächsten Jahr soll ja die Inflation änglich sinken, dass es dann durchaus etwas, was bei einem Kompromiss schon einfließen könnte.

Ich glaube, das ist sozusagen der einzige oder einer der wenigen positiven Aspekte in der diesjährigen Lohnrunde, das eben schon zu erwarten ist, dass die laufenden Reallohn oder der laufende Reallohn positiv sein wird und sich dadurch eben Reallöhne, Gewinne ergeben werden.

Die Herbstlohnrunde wird von den anderen Branchen immer mit besonders großer Aufmerksamkeit verfolgt, etwa vom Handel, das sind dann die nächsten.

Wird das möglicherweise auch die Preise weiter antreiben, Stichwort Lohnpreisspirale? Also ich glaube, der Fokus auf diese Lohnpreisspirale, das ist etwas, was vielleicht zu viel in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Natürlich ist das so, dass höhere Löhne in die Preise fließen und das ist sozusagen der Konflikt, dass die Unternehmen gerne ihre Gewinnmargen halten möchten, dadurch die Preise steigen und die Gewerkschaften möchten keine Reallohnverluste und wollen deswegen Lohnsteigerungen heranziehen.

Aber ich glaube, wichtiger wäre, dass man sich jetzt darauf konzentriert, was in der Grunde strukturell, dass wir so schlecht aufgestellt sind oder dass das Österreich sehr viel stärker trifft und das hat eben damit zu tun, dass die Energiepreise so stark durchschlagen und dass die Energiepreise umso stark belasten.

Da wäre ein Lösungsansatz, dass wir die grüne Transformation tatsächlich beschleunigen oder das würde helfen, dass diese Inflationsraten oder die energiegetriebene Inflation nicht so stark durchdringt.

Ein zweiter Punkt ist, wenn die Politik sich Sorgen macht, dass die Löhne zu hoch sind, dann muss man am Arbeitsangebot arbeiten.

Das heißt, auch Dinge, die lange bekannt sind in Österreich, wie zum Beispiel der hohe genderngebe Beschäftigung, also dass wir das volkswirtschaftliche Potenzial von Frauen viel schlechter nutzen als viele andere Länder oder eben die älteren Beschäftigten, die in Österreich auch weniger in Beschäftigungsprozessen als das in anderen europäischen Ländern. In der Fall ist das, würde helfen, Lohndruck zu mindern und ich glaube, dass das sozusagen auch ein konstruktiverer Umgang wäre, mit diesen Höhenlöhnen und den hohen Preisen, als ich jetzt auf das Thema der Lohnpreisspirale zu konzentrieren.

Das ist sozusagen Konsequenz dessen, dass diese hohen Inflationsraten bei Arbeitgebern und bei Arbeitnehmern ankommen, die dann damit eben leben müssen oder da einen Kompromiss aushandeln müssen.

Da sprechen Sie auch noch strukturelle Probleme in der Industrie in Österreich an.

Benjamin Bitschi war das Lohnexperte des WIFO, danke für Ihre Einschätzungen.

Am 25. September starten dann die Herbstlohnrunden, dann werden wir wissen, wie es tatsächlich ausgeht.

Danke, dass Sie sich Zeit genommen haben.

Vielen Dank fürs Gespräch.

Die Bundesregierung hat angekündigt, bis zum Jahr 2030 zusätzlich 50.000 Plätze in der Kinderbetreuung zu schaffen, Kostenpunkt 4,5 Milliarden Euro.

Allerdings wird dafür auch Personal gebraucht.

Schon jetzt gibt es in den Bundesländern zu wenig Elementarpädagoginnen und Pädagogen. Bildungsminister Martin Polaschek, ÖVP, kündigt heute an, mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen zu wollen.

Wie schon an den Schulen soll es auch in der Elementarpädagogik Quereinsteiger geben.

Peter Daser berichtet.

Unter dem Titel Klasse Job lässt Bildungsminister Martin Polaschek schon seit dem vergangenen Jahr um zusätzliche Lehrkräfte für die Schulen werben.

Die Aktion richtet sich auch an Menschen, die bisher in anderen Berufen gearbeitet haben und sie soll jetzt auch auf den Bereich der Kinderbetreuung ausgedehnt werden.

Wir haben in den Schulen sehr gute Erfahrungen mit quereinsteigenden Personen gemacht und wir wollen auch hier mehr Personen ansprechen.

Wir haben verschiedene Angebote an Hochschullehrgängen mit verschiedener Dauer für Personen mit fach-einschlägigen Studien oder nicht fach-einschlägigen Studien und hier wollen wir offensiver auch noch auf Menschen zugehen, die sich vielleicht für einen solchen Quereinstieg begeistern lassen.

Zur Frage, welche Vorkenntnisse Quereinsteigerinnen in der Elementarpädagogik mitbringen sollten

oder aus welchem Beruf sie kommen könnten, sagt der Minister.

Personen, die einschlägige erziehungswissenschaftliche Studien etwa haben, können ein kürzeres Fortbildungsangebot

in Ansprüche nehmen für quereinsteigende Personen, die aus ganz anderen Bereichen kommen, ein etwas längeres.

Aber das Wichtigste ist vor allem mehr Personen dafür zu begeistern, in diesen Beruf zu gehen.

Jedenfalls sollen die Ausbildungsmöglichkeiten für Elementarpädagogik ausgebaut werden, sagt Martin Polaschek auch für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger.

Wir haben ja eine Vielzahl an Ausbildungsmöglichkeiten, sei es jetzt über Collegs, sei es über Hochschullehrgänge

oder andere Initiativen.

Und wir werden diese Initiativen nun massiv ausbauen und auch entsprechende Angebote für die Elementarpädagogik machen.

Wir werden so wie bei Klasse Job eine eigene Online-Plattform machen, auf der alle Angebote auch abrufbar sind.

Wenn in den nächsten Jahren zusätzliche 50.000 Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden sollen, dann werden dafür jedenfalls zusätzliche Personen gebraucht.

Wie viele können man derzeit noch nicht sagen?

In welchem Umfang das sein wird, muss jetzt genauer definiert werden in Absprache mit den Ländern und mit den Gemeinden.

Aber wir sehen ja jetzt bereits, dass wir viele Personen brauchen.

Ich möchte hier aber nicht über konkrete Zahlen sprechen.

Aufgewertet werden soll auch das Assistenzpersonal in der Kinderbetreuung.

Dafür gibt es seit heuer schon ein eigenes Ausbildungsprogramm mit dem Titel Elementarplus.

Die EU und die britische Regierung haben sich auf eine Rückkehr Großbritanniens in das EU-Forschungsbritannien

Programm Horizon geeinigt.

Damit haben britische Universitäten mit dem Zugang zu Förderungen aus dem riesigen Forschungs- und Innovationstopf, der mit gut 95 Milliarden Euro gefüllt ist und die internationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft vorantreiben soll.

Großbritannien war nach dem Brexit aus Horizon ausgeschlossen worden, als Reaktion auf den Streit zwischen London und Brüssel um Handelsregeln für Nordirland.

Aus Großbritannien berichtet Jörg Winter.

Der Griff des britischen Premieministers zum Telefon gestern am späten Abend hat die Rückkehr Großbritanniens in das größte internationale Forschungsprogramm besiegelt, mit ihrem kurzen

Gespräch beenden EU-Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen und Regis Sunak einen Streit, der seit drei Jahren Universitäten hierzulande von einer wichtigen Geldquelle abgeschnitten und Kooperationen zwischen britischen und europäischen Forschungseinrichtungen baldlich erschwert hat.

Zum Nachteil beider Seiten waren britische Universitäten bei bahnbrechenden Forschungsergebnissen

in wichtigen Zukunftsfeldern von der Biotechnologie und Krebsforschung bis hin zur künstlichen Intelligenz, doch stets mit dabei an vorderster Front.

Der Deal zwischen Brüssel und London sei überfällig gewesen und bedeutsam für beide Seiten, sagt die bekannte Hirnforscherin Irene Tracey, derzeit die Vizekanzlerin an der Universität Oxford.

Es ist ein sehr glücklicher Tag für die britische Wissenschaftsgemeinde, der europäische Forschungsblock

ist global einer der wichtigsten und einflussreichsten.

Damit dabei zu seinem Zugang zu haben, zu Kooperationen und zu Forschungsmitteln ist essentiell.

Wie in Großbritannien sind in vielen Forschungsfeldern Führen und können auch innerhalb von Horizon

eine Führungsfunktion ausfüllen und die Antworten auf die wichtigsten Fragen der Zeit mitformen.

Großbritannien wird sich mit gut zweieinhalb Milliarden Pfund pro Jahr am EU-Forschungsprogramm

beteiligen, ebenso am Erdbeobachtungsprogramm Copernicus, nicht aber an Euratom, an der europäischen

Atomgemeinschaft, wo das Vereinigte Königreich auf ein eigenes Programm setzt.

Eine technische Einigung mit Brüssel gab es schon länger, die Briten hatten zuletzt aber Achtung, die Schwürerlebnis, um ihren finanziellen Beitrag gefälscht.

Man habe jetzt eine Einigung erzielt, die sowohl den britischen Steuerzahler, den Unternehmen als auch den Forschungseinrichtungen entgegen kommt, sagt Wissenschafts- und Technologieministerin

Michel Donnellan.

Wir haben jetzt dieses fantastische Deal, das ein guter Deal für die Wissenschaftler, für die Wissenschaftler, für die Unternehmen und natürlich für die Taxpähler.

Die Rückkehr des Vereinigten Königreichs in den europäischen Forschungsverbund hat

auch eine politische Tangente, sie ist ein weiteres Kapitel im diplomatischen Tauwetter zwischen Brüssel und London, das jüngst zu beobachten ist und auch Beleg für den neuen Pragmatismus von Premierminister Rishi Suna gegenüber der EU, im Gegensatz zu seinen Vorgängern des Truss und vor allem Boris Johnson.

Es waren die Europäer, die Großbritannien 2020 aus Horizon ausgeschlossen hatten als Reaktion auf London-Strohungen und einseitiges Vorgehen im Streit um die Brexit-Sonderregeln für Nordirland.

Im Februar hatten beide Seiten dann im Streit um offene Handelsfragen Nordirland eine Einigung erzielt.

Premierminister Suna sprach prompt von einem neuen Kapitel in den Beziehungen zur EU. Euroskeptische Gegenden in den eigenen Rhein sind hingegen einen Ausverkauf britischer Interessen.

Ich begrüße jetzt Helga Novotny, ehemalige Präsidentin des europäischen Forschungsrats und emeritierte Professorin an der ETH Zürich.

Schönen guten Tag.

Schönen guten Tag.

Frau Novotny, wie bewerten Sie die Rückkehr Großbritanniens zum EU-Forschungsprogramm Horizon?

Das ist eine sehr gute Nachricht, auf die viele Forschern und Forscherinnen in Europa seit langem gewartet haben.

Es hat sich ja die Scientific Community sowohl Kontinental-Europa wie in Großbritannien immer sehr stark dafür eingesetzt, dass dieses Abkommen zustande kommt nach der Tragödie des Brexit, die alle bedauert haben.

Und insofern glaube ich, wird eine neue Seite aufgeschlagen.

Also denken Sie, der Druck auf die britische Regierung, auch aus dem Forschungsbereich war jetzt so groß, dass die jetzt auch eingelenkt haben?

So kann man das sehen.

Die Forschungskommunity in Großbritannien hat ja alles versucht, um die britische Regierung schon vor Jahren dazu zu bringen, die Forschung auszunehmen.

Und hier, sie nicht mit den Handelsabkommen und den politischen Agenten zu vermischen.

Das ist nicht gelungen.

Und insofern war die Forschung ein wenig ingeißelhaft genommen.

Und es ist wirklich der britischen Community zu verdanken, den Forscher und Forscherinnen, dass der Druck nicht nachgelassen hat.

Und es gab ja schon vor einigen Monaten das freundliche Lächeln zwischen Regie Schunack und den Anschlag und der Präsidentin Ursula von der Leyen.

Und alle dachten damals, also das ist es jetzt, dann hat aber Regie Schunack nochmals nachgerechnet

und das hat offenbar etwas länger gedauert.

Aber ich glaube, es ist ein fairer Deal auch für die Briten.

Es gibt, was vielleicht ganz interessant ist, noch eine Klausel, was passiert, wenn sozusagen mehr zurückfließt an Großbritannien, als was, was sie einzahlen, beziehungsweise wenn zu wenig.

Da gibt es einen Schwellenwert und insofern kann also Regie Schunack sehr beruhigt sein, dass er dabei gut aussteigt.

Alles klar.

War es in der Rückschau aus EU-Sicht klug, Großbritannien 2020 von Horizon auszuschließen, da hat man doch auf einen essentiellen Teil der Forschung in Europa verzichtet.

Ja, aber es gab keine Wahl.

Der Ausschluss kam mit dem Brexit.

Das waren dann nicht eine zusätzliche Entscheidung, sondern mit Brexit war alles sozusagen von einem

Tag zum anderen gekappt.

Und es war sicher nicht klug, weil die Forschung braucht internationale Kooperation und wie ich das ja auch beim ESC, beim Europäischen Forschungsrat, direkt miterlebt habe, Forschung beruht auf

Wettbewerb und auf Kooperation und wenn ein sehr wissenschaftlich sehr gut aufgestelltes Land wie

Großbritannien dann nicht mehr mitmachen kann, dann merken das auch die anderen und es sinkt sozusagen das Niveau des Wettbewerbs.

Es ist ein bisschen so wie bei Formel 1 Rennen, wenn sie dann plötzlich Red Bull nicht mehr dabei haben,

dann ist das Ganze nicht mehr so spannend.

Frau Novotnissi, Forschung und Wissenschaft ist auch Wettbewerb.

Haben jetzt andere EU-Staaten von der Abwesenheit der Briten in diesen drei Jahren profitieren können?

Ich würde sagen marginal, weil natürlich der Geldtopf ist jetzt nicht geschrumpft, niemand hat jetzt genau nachgerechnet, die viel ist an Großbritannien gegangen, aber ich würde sagen, das ist marginal.

Was sind denn jetzt die wichtigsten?

Die meisten begrüßen das wirklich, dass Großbritannien wieder dabei ist.

Die Wissenschaft ist gut aufgestellt und wir brauchen das.

Was sind denn jetzt die wichtigsten Projekte, die jetzt möglicherweise liegen geblieben sind und die jetzt aus ihrer Sicht als erstes wieder angegangen werden?

Naja, es gab einige ISI-Projekte, die sozusagen im Schwebezustand waren.

Also ISI ist ganz wichtig auch für Großbritannien, weil Großbritannien das Land war, dass die meisten ISI-Grenze sich holen konnte.

Allerdings muss man sagen, sehr viele der ISI-Grenze-Teile in Großbritannien waren nicht dritten und das wird man sehen.

Viele sind ja dann zurückgegangen in ihre Heimatländer.

Also es gab auch einen Brain-Drain von ausländischen Forscherinnen nach dem Brexit.

Und wie das jetzt aussieht, wird man sehen.

Also man kann nicht unbedingt nahtlos dort anschließen, wo man vor drei Jahren aufgehört hat.

Nein, ganz bestimmt nicht und bei der Forschung gestern ändert sich das sozusagen ständig, etwas von Tag zu Tag, von Monat zu Monat, aber die großen Programme gehen natürlich weiter. Und ich bin sicher, dass es viele britische Kolleginnen und Kollegen gibt, die nur auf diesen Tag gewartet haben.

Jedenfalls eine Win-Win-Situation, dass Großbritannien zum EU-Forschungsprogramm Horizon zurückgekehrt ist.

Einschätzungen von Helga Novotne waren das der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Forschungsrats.

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.

Danke Ihnen und alles Gute.

Danke.

Ein Blick auf die Uhr, es ist in sechs Minuten halb eins.

Pünktlich zum Schulbeginn starten die ÖBB eine neue Sicherheitskampagne.

Dabei soll vor allem bei Jugendlichen das Bewusstsein für Gefahrenquellen geweckt werden.

Etwa was schwere Unfälle mit der Starkstromoberleitung angeht.

Veronica Mauler berichtet.

Nino Leitinen ist 18 Jahre alt.

Vor 1,5 Jahren ist er auf einen abgestellten Zug geklettert.

Und dadurch, dass ich halt so groß war, ist die Leitung halt dann so meinen Kopf eingetroffen.

Es kann sogar sein, dass ich halt irgendwie schon nur auf der Leitung war.

Ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen, aber ich weiß, dass es sicher da eingetroffen ist.

Seit dem Unfall sitzt der Junge Wiener im Rollstuhl.

Im musste eigene Haut auf den Kopf transplantiert werden, sagt Victoria König,

Fachärztin für Plastische und Rekonstruktive Kyrologie am AKH.

Es gibt eben durch diesen Lichtbogen eine Eintritts- und Austrittsstelle vom Strom.

Meistens ist es der Kopf und der Fuß und diese Stellen sind besonders stark betroffen.

Einem 14-jährigen Burschen, der zum Graffiti-Spray auf der Bahnanlage unterwegs war,

musste der Arm amputiert werden, so König,

weil er die Spraydose in der Hand hielt, als er vom Starkstrom erfasst wurde.

Ganz charakteristisch bei einer Starkstromverletzung ist es, dass durch diesen Lichtbogen

der Körper gefangen ist in dieser Stromquelle, die Patienten beginnen nicht selten zu brennen.

Und dann hört das Ganze abrupt auf und die Patienten werden weggeschleudert,

oft eben auch aus einer großen Höhe, weil sie auf einem Vagon stehen.

Und durch diesen Sturz aus großer Höhe entstehen oft schwerwiegende Begleitverletzungen.

Im letzten Jahr gab es im Aka-Harm mit sieben sogenannten Trainclimern und Surfern

einen drastischen Anstieg dieser schweren Unfälle.

Das tragische an der Sache ist, die wenigsten Wussten über diese Gefahr des Lichtbogens bescheiden.

Man muss diese Starkstromleitung nicht einmal berühren und es kann ein Blitz überspringen und 15.000 Volt Strom fließen durch den Körper.

Von den sieben Patienten in Wien haben nur vier überlebt, deshalb appelliert Nino.

Man muss einfach nicht bei jedem Blödsinn dabei sein, man verpasst nichts.

Dabei sind die Gründe, warum die meisten jungen Männer auf Züge klettern harmlos.

Manche wollten einfach nur die Aussicht genießen, ein cooles Fotos schicken.

Wir hatten einen Patienten, der am Zug nach Yoga machen wollte.

Manche wollten ein Bier trinken, ein anderer hat Liebeskummer gehabt und wollte die Aussicht genießen.

Mit einer neuen Kampagne wollen die ÖBB nun das Bewusstsein für die Gefahren an Bahnanlagen schärfen.

Die gefährlichste Gefahrenquelle, Sein Eisenbahnkreuzungen,

sagt ÖBB-Infrastruktur-Vorstand Johann Plouy.

Ein Zug, der mehrere 100 Tonnen schwer ist, der hat keine Knotschzone und er bremst doch nicht in 30 Metern.

Das Herannahen des Zuges wird oft unterschätzt, wenn der Wind falsch geht, man hört ihn nicht. Man hört ihn nicht und dann ist er da, der kommt mit 160 km da und dann ist passiert.

Letztes Jahr gab es 66 Unfälle an Eisenbahnkreuzungen, 12 davon endeten tödlich.

Dabei scheint vor allem Gewohnheit blind zu machen, der Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit Christian Schimanovsky.

Unsere Erhebungen zufolge sind 70% der Verunglückten, wenig als 10 km von dieser Eisenbahnkreuzung entfernt zu Hause.

Mit bewusst aufrüttelnden Sushäs wollen die ÖBB in Print, Online und sozialen Medien darauf aufmerksam machen,

dass man sich nicht leichtfertig in oft lebensgefährliche Situationen bringen soll.

17 Femizide, 33 Mordversuche an Frauen in diesem Jahr, das sind die nackten Zahlen gesammelt von den autonomen Frauenhäusern.

Jede dritte Frau in Österreich hat Erfahrung mit häuslicher Gewalt, verübt durch Männer.

Eine Initiative, die in der Nachbarschaft ansetzt, ist STOPP, die Abkürzung steht für Stadtteile ohne Partnergewalt.

Diese Initiative will durch Aktionen und Kampagnen in ganz Österreich mithelfen, dass Männer ihre angestammten Rollenbilder überdenken.

Berthe Tomasowitsch war beim Auftakt am Platz der Menschenrechte bei der Wiener-Marie Hilferstraße dabei.

Verantwortung übernehmen und Rollenbilder brechen, das ist das Ziel der Kampagne der Initiative STOPP, Stadtteile ohne Partnergewalt.

Jeder soll sich angesprochen fühlen und mitmachen können, deshalb ist der Auftakt auch im Freien, gleich neben der Einkaufsstraße.

Maria Rösslhummer von den autonomen Frauenhäusern sagt laut, was sie von Männern erwartet. Dass Männer mitarbeiten, mitwirken an der Gewaltprävention und wir sagen, unsere Gesellschaft braucht Männer, auch beschnittene Männern, die sich für Frauenrechte einsetzen, die alles tun, um Gewalt zu verhindern.

Wir brauchen Männer, die feministisch und solidarisch mit den Frauenorganisationen arbeiten, Männer, die eine klare Haltung einnehmen gegen jede Form der Gewalt.

Männer die Haltung zeigen, Sozialminister Johannes Rauch sagt von sich, er ist ein solcher Mann.

Ja, ich bin feministisch, ich bin sie Stellung und zwar ganz eindeutig und überall alles, es braucht gegentoxische Meldigkeit gegen Gewalt und für ein neues Männerbild.

Dieses neue Rollenbild, wie soll das nun passieren?

In den Bezirken bei Veranstaltungen oder auch bei sogenannten Männer-Tischen, sagt Jan Wunderlich, Koordinator für die STOPP-Männerarbeit in Wien-Margariten.

Wir suchen nach Leuten, in unserem Fall wir suchen nach Männern, die was unternehmen wollen gegen geschlechtsspezifische Gewalt, die sich engagieren möchten und das Wissen, dass sie sich bei den Männer-Tischen dann aneignen oder der Austausch, der dort stattfindet, der wird dann über ihre bekannten, verwandten Freundinnen weitergetragen.

Also so fungieren sie als sogenannte Multiplikatorinnen.

Wie das funktioniert, zeigt ein Beispiel.

Die Aktivisten haben Flyer im Bezirk bei einem E-Bestand verteilt und treffen dort auf einen Gast, der nicht glauben will, dass es Gewalt gegen Frauen gibt, allein aufgrund der Tatsache, dass sie Frauen sind.

Daraufhin hat er sich auch nicht weiterhin von uns überzeugen lassen und Anfangszeichen, sondern hat dann auch die Meinung des Verkäufers gehört, der dann gemeint hat, nein du hör zu, das ist ein wichtiges Thema, da muss man sich engagieren und genauso funktioniert unsere Arbeit.

Für die Opfer für die Frauen wird zu wenig getan, sagt Christian Philipp von Stopp in Wien-Pensing. Es gibt die Möglichkeit der Wegweisung, die wird nicht konsequent umgesetzt, es gibt die Fallkonferenzen, die werden nicht konsequent durchgeführt, die Politik zahlert einmal da, einmal hin, einmal her.

Ganz anders in Spanien.

Wenn da ein Frauenmord war in einer Stadt, dann sind 5000 Frauen, plötzlich mit ihren Schuhen, haben wir auf den Asphalt geklopft, haben gesagt, so geht das nicht.

Diverse Regierungen haben was getan und das sind, glaube ich, 400 Staatsanwältinnen und Richterinnen eingestellt worden, die sich nur mit dem Themenkomplex Gewalt an Frauen auseinandersetzen.

Und dass sich dort in der Gesellschaft etwas geändert hat, sieht man auch in der aktuell diskutierten Kurs-Affäre nach dem WM-Sieg der spanischen Frauenfußballmannschaft.

Und jetzt gibt es Rücktrittsaufforderungen, es gibt Leute, die das präkertieren und sagen, so geht das nicht, das mach ich ja, wie kannst du es schenken.

Aber es ist gut, dass das in der Form an einem Kurs passiert und nicht an einer Vergewaltigung passiert, an einem Kurs, der in der Öffentlichkeit stattgefunden hat, den Millionen Menschen gesehen haben und wo dann drüber geredet wird, in großer Breite.

Weniger Patrick hat mehr Feminismus. Das wird auch Österreich gut tun, so die Aktivisten.

Um Frauenrechte geht es auch im nächsten Beitrag. In Mexiko dürfen Abtreibungen ab sofort nicht mehr bestraft werden.

Der Oberste Gerichtshof hat gestern entschieden, dass die strafrechtliche Verfolgung von Frauen, die abtreiben verfassungswidrig ist.

Öffentliche Kliniken sollen Abtreibungen künftig gratis anbieten.

Mexiko folgt damit einem Trend der Liberalisierung des Abtreibungsrechts im weitgehend katholisch geprägten Lateinamerika, während die USA in die entgegengesetzte Richtung gehen.

Ernst Kernmayer informiert.

Das Mutmachen des kleinen Grüppchens von Abtreibungsbefürworterinnen vor dem obersten Gerichtshof in Mexiko statt, hätte es gestern Vormittag gar nicht gebraucht.

Einstimmig haben die Richter und Richterinnen befunden, dass die Verfolgung des Schwangerschaftsabbruchs im Strafrecht verfassungswidrig sei und ein Menschenrecht der Frauen verletze.

Der Oberste Gerichtshof hatte schon vor zwei Jahren die Strafverfolgung der Abtreibung untersagt, damals aufgrund der Gesetze im nördlichen Bundesstaat Coahuila, wo Frauen für einen Schwangerschaftsabbruch bis zu drei Jahre ins Gefängnis mussten.

Auch wenn die Gesetze in 21 Bundesstaaten bis heute Strafen für Abtreibung vorsehen, exekutiert werden sie nicht mehr.

Und dennoch ist die Bekräftigung der Höchststriche von gestern ein weiterer Meilenstein, sagt die Frauenrechtsaktivistin Veronica Cruz Sanchez.

Vor allem für den Zugang zur Abtreibungen sei es entscheidend, sagt Cruz Sanchez, alle müssten dafür kämpfen, dass Frauen eine sichere Möglichkeit für Abtreibungen bekämen. Die Höchstrichter verpflichten das öffentliche Gesundheitssystem jetzt, Abtreibungen durchzuführen, sollte eine Frau das wollen. Bis dahin dürfte es noch ein langer Weg sein. In vielen Bundesstaaten gibt es nicht einmal Ansätze für entsprechende Einrichtungen. In Lateinamerika haben Frauenbewegungen in den letzten Jahren in mehreren Ländern eine Lockerung der teils regiden Abtreibungsverbote erwirkt. Argentinien hat sie 2020 straffrei gestellt, Kolumbien im Vorjahr bis zur 24. Schwangerschaftswoche. Einige Länder wie Brasilien erlauben Schwangerschaftsabbrüche, wenn ein Kind bei einer Vergewaltigung gezeugt wurde oder das Leben der Mutter in Gefahr ist. In anderen Staaten, vor allem in Zentralamerika, gibt es nicht einmal diese Ausnahmen. Und auch im katholischen Mexiko mit seinen 130 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, hofft Irma Barientos von der Organisation für die Rechte des Lebens ab der Zeugung. Sie würde weiter kämpfen, sagt die Abtreibungsgegnerin, bis in Mexiko wieder das Recht auf Leben von der Zeugung bis zum natürlichen Tod garantiert werde. Ihre Hoffnungen setzt Barientos dabei auf das Beispiel USA, wo der oberste Gerichtshof im Vorjahr das fast unumschränkte Recht auf Abtreibung nach fast 50 Jahren gekippt hat. US-Präsident Joe Biden hat eine umweltpolitisch höchstumstrittene Entscheidung seines Vorgängers Donald Trump rückgängig gemacht. Er hat sieben Öl- und Gasbohrverträge in einem Umweltschutzgebiet im Norden von Alaska zurückgenommen. Damit wird ein Gebiet geschützt, das etwa so groß ist wie Dänemark. Die Region ist ein wichtiger Lebensraum für Eis und Grizzlybären, für Karibus sowie hunderttausende Zugvögel. Fabio Polli berichtet. Es klingt nach einem Erfolg für den Klimaschutz, aber es ist auch eine weitere Station in einem politischen Zickzackkurs von Joe Biden. Zur Erinnerung, im Wahlkampf hat die beiden versprochen, dass es in Alaska keine neuen Öl- und Gasbohrungen mehr geben werde. Es hört sich ihm zusammen schnittern so an. By the way, no more drilling on federal lands, period, period, period. No more drilling. There is no more drilling. Doch heuer im März hat die Regierung das sogenannte Willow-Projekt zugelassen, wenn auch in abgespeckter Form. Ebenfalls im Norden von Alaska gelegen in einem Gebiet, das nationale Ölfeld heißt, wurden drei statt fünf Bohrstellen mit 199 Einzelbohrungen erlaubt. Wie bei allen Öl- und Gasbohrungen in Alaska ist es ein Streit zwischen Wirtschaft und Umweltschutz zwischen Arbeitsplätzen und Klimaerwärmung. Das Willow-Projekt hat harsche Kritik nach sich gezogen, zum Beispiel von der Klimaschutzrechtsanwälte in Kirsten-Mansel. Wir haben keine Zeit für Kompromisse in der Klimakrise.

Man kann eben nicht alles haben, wenn es darum geht, sich gegen eine solche Krise zu stemmen. Alles, das heißt eben Arbeitsplätze und Zehntausende, vor allem für die indigene Bevölkerung. Alaska ist zudem von seiner Ölindustrie wirtschaftlich abhängig, der Druck auf beiden war enorm, die Treibstoffpreise an den Tankstellen hoch.

Es geht aber auch um die globale Erderwärmung, die im Wahlkampf versprochene Treibhausgasverringerung und um ein Naturschutzgebiet in den USA in dem Eisbären, Grizzlys und Karibus ebenso leben wie hunderttausende Zugvögel.

In diesem Naturschutzgebiet hat beiden jetzt die Genehmigung zu Öl und Gasburungen seines Vorgängers zurückgenommen.

Alaska-Beherberge, viele der atemberaubendsten Naturwunder und kulturell bedeutenden Gebiete Amerikas, hieß es in einer schriftlichen Mitteilung des Weißen Hauses.

Da die Klimakrise die Arktis mehr als doppelt so schnell erwärmt wie den Rest der Welt, haben wir die Verantwortung, diese wertvolle Region zu schützen, ließ Präsident Biden ausrichten.

Umweltschutzgruppen und lokale Indigenegruppen haben sich positiv geäußert, nicht ganz unerwartet lassen die oppositionellen Republikaner kaum ein gutes Haar an der Entscheidung.

Weil Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung in dem Gebiet darunter leiden würden, habe beiden die Indigene Bevölkerung wieder einmal im Stich gelassen, sagen sie.

Die Entscheidung trägt also politische Risiken in sich, eine Öllobisprach sogar von der Gefährdung der Energiesicherheit in den USA und davon, dass Russland im Ukrainekrieg davon profitieren werde.

Um sieben nach halb eins im Mittagsschneal zurück nach Österreich. Die Hacklerregelung war nach dem großen Umbau des Pensionssystems Anfang der 2000er Jahre ein Render.

Nach 45 Arbeitsjahren Abschlagsfrei früher in Pension gehen zu können, das haben damals viele ausgenutzt, besonders viele, die gar keine Hackler waren.

Später erlebte die Hacklerregelung eine Achterbahnfahrt, sie wurde mit Abschlägen versehen, abgeschafft und wieder eingeführt.

Nun wünschen sich zwei Parteien erneut eine Langzeitversichertenpension ohne Abschläge und sie hoffen auf die Vorwahlzeit.

Astrid Plank.

Aktuell ist es so, Männer können die Langzeitversichertenpension in Anspruch nehmen, wenn sie 45 Beitragsjahre erarbeitet haben und mindestens 62 Jahre alt sind, aber mit Abschlägen von 4,2% pro Jahr.

Für Frauen ist das derzeit nicht aktuell, weil ihr Pensionsalter noch niedriger liegt.

Josef Muchic von der SPÖ wittert nun vor der Nationalratswahl im nächsten Jahr Morgenluft, schon mehrmals wurden ja im sogenannten freien Spiel der Kräfte im Parlament Pensionszucker verteilt.

Wenn es die Möglichkeit gibt, hier parlamentarische Mehrheiten zu finden, mit einem Beschluss 45 Beitragsjahre sind genug, dann werden wir diejenigen sein, die das auch umsetzen wollen, weil wir die Position klar vertreten, 45 Jahre arbeiten und täglich Beiträge zu leisten in ein System, das sicher ist, das gut ist, das international anerkannt ist.

Das ist für uns Fairness und das wollen wir natürlich versuchen.

Die FPÖ hat Muchic schon einmal auf seiner Seite, deren Abgeordneter Peter Wurm sagt.

Das ist ein klares Ja, das fordern wir regelmäßig. Also das ist ganz klar, weil es ja auch genau da ist, was das Pensionssystem braucht.

Du bräuchtest eigentlich Menschen, die wirklich möglichst lange ins Sozialsystem einzahlen und die

kommen jetzt natürlich ein bisschen unter die Räder aktuell mit diesen Abschlägen, nach 45 Jahren. Und in diese Richtung soll es eigentlich wieder gehen. Das heißt, man muss sich nicht belohnen, die lange wirklich im Sozialsystem Abgaben leisten, die steuern sollen, dass sicher das Pensionssystem langfristig am besten.

Obfreilich die Mehrheit für seine Wiedereinführung zustande käme, ist fraglich. Die Grünen halten die Hackler-Regelung für besonders unfair gegenüber Frauen. Die Neos sind sowieso strikter dagegen. Ihr Abgeordneter Gerald Loacker sagt.

Wir müssen davon ausgehen, dass Ihnen in den letzten zwei Sitzungen vor der Nationalratswahl die Milliarden wieder beim Fenster hinausgeworfen werden.

Und die ÖVP war zwar 2019 vor der Wahl dabei, als die Abschlagsfreiheit beschlossen wurde, schon zwei Jahre später war damit aber wieder Schluss.

Das Ganze sei ein Fehler gewesen, räumte Senioren-Sprecherin der Volkspartei Ingrid Korosek ein. Das war ein Fehler, die Hackler-Pension einzuführen und daraus zu nehmen einzuführen. Das war so in so einer Casino-Aktion vorwahlen. So was ist immer schlecht.

Das Ganze hätte natürlich Einfluss auf die Finanzierbarkeit des gesamten Systems und da gehen die Meinungen recht auseinander.

Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen wird demnächst sein Pensionspaket für nächstes Jahr präsentieren. Da geht es um die Erhöhung und andere Anpassungen im Licht der Rekordinflation.

Einen ausführlichen Bericht über das Pensionssystem und was da nächstes Jahr alles neu kommen könnte, können Sie heute im Journal Panorama hören, ab 18.25 Uhr gleich nach dem Abendjournal. Die bevorstehende kalte Jahreszeit und damit die Heizsaison lässt die Energiepreise wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken.

Beim Strom ist die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern im Winter höher, vor allem von Gas. Dadurch entstehen in Österreich mehr Kosten in Milliardenhöhe, kritisiert die Branche der erneuerbaren Energien.

Gerade ein Ausbau der Windenergie könnte die Kosten für die Stromerzeugung und damit die Verbraucherpreise deutlich senken, heißt es seitens der Branche, ein Vergleich mit Deutschland mache das ersichtlich.

Fabian Graber berichtet.

Wenn die Temperaturen sinken, steigt der Energieverbrauch, vor allem weil die Menschen mehr heizen.

In Österreich kommen dann deutlich mehr fossile Energieträger wie Öl und Gas zum Einsatz.

Gerade im Vergleich zu Deutschland, wo im Winter etwa mehr Windenergie zur Verfügung steht, habe Österreich dann deutlich höhere Kosten bei der Stromerzeugung, sagt Karina Knaus von der österreichischen Energieagentur.

Bei uns, wir haben im Sommer natürlich die Wasserkraft, aber im Winter sind wir da viel mehr noch auf fossile Energieträger auf Gas angewiesen.

Das heißt, im Winter sind wir dann im Tenenzell teurer als Deutschland und wenn man das aufrechnet, dann sind das immerhin beträchtliche Mehrkosten von über 3 Milliarden Euro gewesen. Nämlich seit 2018, als der Strompreis für Österreich von Deutschland entkoppelt wurde.

Bis dahin waren Österreich und Deutschland gemeinsam in einer Preiszone.

Und der höhere Strompreis in Österreich habe gerade für Unternehmen massive Auswirkungen, sagt Knaus.

Das sind auch Kosten beispielsweise für Unternehmen, Industriebetriebe.

Das findet sich direkt als Posten auf deren Rechnung wieder.

Also auch für ein mittleres Unternehmen kann das dann in einem Monat jetzt in der Krise über 10.000 Euro ausmachen.

Nur dieser eine Unterschied, Preiszone Österreich-Deutschland bedingt dem durch unsere andere Erzeugungsstruktur im Winter.

Die stark gestiegenen Energiepreise sind auch einer der Haupttreiber für die Inflation.

Laut der Energieagentur könnte ein stärkerer Ausbau von erneuerbarer Energien dazu führen, dass Österreich weniger fossile Energieträger importieren muss und das Strom vor allem auch im Winter günstiger wird.

Knaus.

Wir haben eigentlich die Chance, wenn wir die Neubahn in Europa in Österreich ausbauen, Wasser, Wind, Sonne nutzen,

um uns eigentlich unabhängiger zu machen von diesen fossilen Importen, insbesondere auch im Strombereich,

um unabhängiger zu machen und das ist eben nicht nur positiv für das Klima, aber auch für unsere Handelsbilanz und für den Strompreis.

In Österreich werden rund 80% der Stromproduktion mit erneuerbaren Energiequellen erbracht.

Ab 2030 soll der Stromverbrauch in Österreich komplett mit Erneuerbaren gedeckt werden.

Allerdings war die Produktion aus Erneuerbarenquellen zuletzt rückläufig, vor allem weil weniger Strom aus Wasserkraft zur Verfügung steht

und der Ausbau der Windenergie in Österreich stagniert.

Laut der Interessensvertretung IG Windkraft hätten letztes Jahr etwa 90 neue Windräder ans Netz gehen sollen,

am Ende waren es aber nur 68.

Zuletzt hieß es, dass der Ausbau der Windenergie auch heuer nur schleppend vorangeht.

Immer mehr Menschen unter 50 erkranken weltweit an Krebs, das zeigt eine aktuelle Studie.

Die Zahl der Neuerkrankungen ist demnach in den vergangenen drei Jahrzehnten um fast 80% gestiegen.

Forschende weisen aber darauf hin, dass die Zahlen mit Vorsicht zu betrachten sind.

Elke Ziegler berichtet.

Von 1,8 auf knapp 3,3 Millionen Fälle sei die Anzahl der diagnostizierten Krebserkrankungen in der Gruppe der 14- bis 49-Jährigen gestiegen,

heißt es in der im Fachblatt British Medical Journal Oncology publizierten Studie.

Für die Studie wurden Daten zu 29 verschiedenen Krebsarten in 200 vier Ländern analysiert.

Sie betrifft den Zeitraum zwischen 1990 und 2019.

Die Krebsarten mit den meisten Todesfällen bei den unter 50-Jährigen sind demnach Brust, Luftröhren und Flungenkrebs,

gefolgt von Darm- und Magenkrebs.

Über eine Million Menschen ist laut Studie weltweit im Jahr 2019 an Krebs verstorben.

Der stärkste Anstieg wurde bei Luftröhren und Prostata Krebs beobachtet.

Krebsforscherinnen und Forscher weisen allerdings auf mehrere Faktoren hin, die man bei der Interpretation der Daten berücksichtigen müsse.

Zum einen sei die Bevölkerung weltweit stark gestiegen.

Außerdem würden auch immer mehr Fälle früh in Ländern erkannt, wo sie noch vor wenigen Jahrzehnten nicht in der Statistik aufgeschieden wären.

Laut Studie sind die Länder mit den stärksten Steigerungen die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Saudi-Arabien.

In Europa hingegen hat sich kaum etwas verändert.

Auf Basis der gesammelten Daten wagen die Studienautoren auch eine globale Prognose.

Sie erwarten weltweit bis zum Jahr 2030 einen weiteren Anstieg um 21 bis 31 Prozent in der Altersgruppe unter 50.

Und sie rufen dazu auf, Früherkennung und Information zu den Risikofaktoren für eine Krebserkrankung zu verstärken, um möglichst viele Fälle zu verhindern.

Ich bin jetzt verbunden mit Maria Sibilja.

Sie ist Leiterin des Zentrums für Krebsforschung der Medizinischen Universität Wien.

Schönen guten Tag.

Guten Tag, guten Tag.

Frau Dr. Sibilja, 80 Prozent mehr Krebsneuerkrankungen in den letzten 30 Jahren, das ist auf den ersten Blick eine erschreckende Zahl.

Wie interpretieren Sie die Ergebnisse der Studie?

Ja, also, man muss diese Studie, das ist eine sehr komplexe Studie, eine sehr gute und wichtige Studie.

Aber man muss ja ein bisschen ins richtige Licht rücken.

Zum einen ist es ja so, dass die Bevölkerung sich in den letzten 30 Jahren in vielen Teilen der Welt, ich würde fast sagen, was verdoppelt hat.

Also insofern erwartet man schon, dass doppelt so viele Menschen unter 50 sich natürlich auch an Krebs erkranken.

Zum anderen muss man aber auch etwas ganz Wichtiges in Erwägung ziehen.

Und das sind die ganzen Früherkennungsprogramme.

Die sind ja massiv gewachsen und implementiert worden in vielen Ländern, auch in Ländern, sozusagen in ärmeren Ländern, wurden implementiert.

Und das heißt, dass jetzt ein Krebs viel früher erkannt wird.

Und das war vor 30 Jahren noch nicht so.

Natürlich, wenn man diese Früherkennungsprogramme pusht, dann ist es auch klar, dass wir viel mehr eine höhere Anzahl an Menschen finden, die einen Krebs hat.

Und das ist ja auch gut so, das wollen wir ja.

Also die Früherkennung hilft Krebs früher zu erkennen, aber der muss ja auch irgendwo herkommen.

Welche Gründe gibt es denn, dass tendenziell jüngere Menschen an Krebs erkranken? Welche Risikofaktoren gibt es da?

Ja, ich komme gerne zu den Risikofaktoren, aber ich würde sagen, auch früher hatten die Menschen wahrscheinlich Krebs auch schon mit 30 Jahren.

Aber dieser Krebs, der schlummert dann im Körper, vielleicht für 10, 20, 30 Jahre, bevor er ausbricht.

Und wir haben ja auch ein Immunsystem, welches diesen Krebs von sich aus vielleicht eliminiert hätte.

Durch die Früherkennung finden wir jetzt das.

Und deswegen steigen natürlich diese Zahlen.

Also das noch einmal nur ganz kurz so richtig stellen.

Was die Faktoren natürlich sind, wir dürfen nicht vergessen.

Und wenn man diese Studie genau anschaut, sind vor allem in sozusagen in den reicheren Ländern diese Zahlen gestiegen.

Und das hat sicherlich sehr, sehr viel mit der Ernährung was zu tun, mit der Bewegung, geringen Bewegung.

Also wir machen mehr und mehr sesshafte Jobs und sitzen sehr viel und bewegen uns wenig.

Übergewicht ist natürlich ein riesiges Problem.

Das führt natürlich auch dazu, dass man hohe Blutwerte, also vor allem Zuckerwerte im Blut hat, also Diabetes,

das sind alles sehr hohe Risikofaktoren für Krebsentstehung auch im frühen Alter natürlich.

Wenn ich jetzt diesen schlummenden Krebs, wenn ich da kurz einhacken darf, diesen schlummenden Krebs früh erkenne,

hat dieser Mensch dann auch automatisch bessere Heilungschancen?

Ja, auf jeden Fall. Und das sieht man ja.

Das heißt, die Inzidenz, die Erkennung, die Zahlen der Krebsfälle ist um 80 Prozent gestiegen, aber die Todesrate ist ja nicht so gestiegen.

Wenn man nämlich die Erhöhung der Weltpopulation insgesamt ansieht, kann man sogar annehmen, dass die Sterberate sogar gesunken ist.

Wir haben ja heutzutage sehr, sehr gute Therapien für viele Tumore und die kann man ja praktisch eliminieren.

Und deswegen ist natürlich so eine Früherkennung sehr, sehr wichtig.

Sie haben uns jetzt gut erklärt, wie man diese Studie lesen kann,

also dass durch mehr Früherkennung natürlich die Zahlen der Krebsdiagnosen steigen, nicht zwangsläufig die Fälle, die dann an diesem Krebs sterben.

Sie haben auch angesprochen, die Länder, die jetzt bessere Screening-Programme haben und durch wachsenden Wohlstand dann auch lebensstilindizierte Risikofaktoren haben.

In der Geschichte wurde genannt die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Saudi-Arabien.

In Europa hat sich die Situation nach dieser Studie kaum verändert.

Wie ist denn die Situation in Österreich?

Ja, die Situation in Österreich, nämlich gehe ich davon aus,

dass sie ähnlich ist wie so im Durchschnitt in den reichen und entwickelten Ländern.

Es ist aber so, dass in Österreich aus den Krebsregister, die wir haben, diese Daten nicht so klar herauszulesen sind.

Wir haben ja ein Krebsregister von der Statistik Austria, das vor zwei Jahren rausgekommen ist

und da sieht man natürlich, da ist eine Zeitspanne drinnen von zwei, drei Jahren und man sieht natürlich, dass auch da die Fälle von den registrierten Krebsfällen unterhalb von 50 Jahren auch steigen.

Aber man muss vielleicht eins sagen, Österreich ist unter den europäischen Ländern das Land, wo die Überlebensrate, wenn man Krebs hat, am höchsten ist.

Und das muss man natürlich auch unserem Gesundheitssystem verdanken.

Das heißt und die Früherkennungsprogramme bei uns sind natürlich auch sehr gut entwickelt.

Und ich denke da an die Darmkrebsfrüherkennung, auch an zum Beispiel Gebärmutterhals, Screening oder also Darmkrebs, aber vor allem auch Brustkrebsfrüherkennung, das ist ja bei uns sehr, sehr gut implementiert in anderen europäischen Ländern, ist das noch nicht so gut implementiert.

Und mit dieser guten Nachricht, mit diesem guten Befund von Maria Sabilia, der Leiterin des Zentrums für Krebsforschung der Medizinischen Universität Wien, wollen wir schließen.

Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben.

Danke, auf Wiederhören.

Das Theater in der Josefstadt eröffnet heute Abend die Spielsaison mit einer neuen Bearbeitung von Ipsens selten gespieltem Werk, die Stützen der Gesellschaft. Nach ein Volksfeind ist das der zweite Teil der Ipsen-Trilogie, die Regisseur und Autor David Bösch am Haus verantwortet.

Auch hier geht es um Fragen der Moral, die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und das eigene Gewissen.

Es spielen unter anderem Raphael von Bargen, Silvia Meisterle und Maria Köstlinger. Mehr von Katharina Menhofer.

Die Bernigwerft blickt auf eine lange Tradition zurück, beschäftigt 3.000 Mitarbeiter und gilt als Prestigeunternehmen.

1850 entstanden weit mehr als 1.500 Schiffsmeubauten für Räder auf der ganzen Welt. Carsten Bernig, gespielt von Raphael von Bargen, hat die Werft von seinem Vater geerbt, der als weiße Büste am Bühnenrand das dunkle Geschehen überwacht.

Regisseur David Bösch.

Der Carsten Bernig sagte einmal ganz schön, finde ich, ein Vater hat mir schon mit vier Jahren prophezeit, dass ich an die Stütze der Gesellschaft sein werde.

Das ist natürlich eine gewisse Belastung für ein Kind, glaube ich, oder für ein Leben. Vor allem wenn diese Stütze inwendig morsch ist.

Denn da gibt es unlautere und unmoralische Geheimnisse in Bernigs Vergangenheit, die es zu verheimlichen gilt, um einen Image-Schaden zu verhindern.

Wie wir von Social Media auch sehr gut wissen, ist die Beschädigung des Images oder der Verdacht. Dann eben die berufliche oder private Existenz natürlich sehr gefährden.

Und deswegen muss er natürlich kämpfen, dass das unter der Decke, unter Deck bleibt.

Die Gesellschaft soll lieber sein ganzes Leben auf einer Lüge aufgebaut.

Die Lüge, welche Lüge?

Die Lüge, mit der du seit 15 Jahren lebst.

Aus ypsensbürgerlicher Welt macht Bösch eine neoliberale.

Und statt des Eisenbaumbaus treibt sein Bernig ein neues Stadtviertelprojekt voran.

Achtung, Greenwashing, die Social City.

Was sozusagen eben diese Differenz hat, dass er auf der einen Seite etwas tut, was gut ist.

Also einen bezahlbaren Wohnraum schaffen möchte, nachhaltig bauen möchte, soll Diversität stattfinden.

Und gleichzeitig, ja, die Frage ist, wie rein sind seine Absichten dabei?

Man muss ganz oben sein, um denen ganz unten helfen zu können.

Wie viel Skruppel darf sich ein Entscheidungsträger leisten?

Rechtfertigt eine gute Tat, eine Lüge.

Und ist Altruismus auch dann noch uneigennützig, wenn man viel Geld damit verdient?

Das sind einige Fragen, die sich Karsten Bernig stellen muss.

Und dann suchen ihn auch noch die Geister der Vergangenheit heim.

Verwandte, die man längst im Fernen Amerika wehnte.

Ich bin nach Amerika, um dir den Arsch zu retten.

Dann hab ich nicht erinnert, dass ich dich gezwungen hätte, oder?

Salve!

Auf zwei Stunden verdichtet David Bösch das Stück, reduziert die Figuren und gibt ihnen neue Namen aus dem Ibsenkosmos.

Karstens Schwester heißt hier Solweig, seine Schweigerin Lida

und die Ehefrau, die hier zur ebenbürtigen Geschäftspartnerin aufgewertet wird, Nora.

Und da haben wir versucht, mehrere Figuren zusammenzulegen,

um da halt wirklich auch sie schuldhaft verstricken zu lassen,

sie auch zu einer Art Lady Macbeth zu machen.

Schon kommende Woche wird David Bösch an den Linzerkammer spielen,

das Stück Fischer Fritz, der jungen Autorin Rafaela Barducki inszenieren,

das ihn fasziniert habe.

Ein Stück über einen alten Fischer, seinen Sohn und die polnische Pflegerin.

Vielleicht auch stützender Gesellschaft auf stillere, handere Weise.

Zeit für die Nachrichten im Mittagsschonal, den Anfang macht Jenny Johnson.

Thank you and good afternoon.

The head of NATO, Jens Stoltenberg, says Ukrainian forces are continuing to make progress, as they try to retake land from occupying Russian forces.

He estimated they were advancing about 100 metres a day,

but he acknowledged that this was less than Ukraine hoped for.

No one ever said that this was going to be easy, the offensive.

Because what we have seen is of course that the Russians have prepared defensive lines, we trench us with obstacles to battle tanks, dragon teeth.

Hardly any time in history we have seen more mines on the battlefield than we see in Ukraine today.

Meanwhile, the United States has announced further aid for Ukraine worth more than a billion dollars.

More air defence equipment has been promised along with anti-tank weapons and tank ammunition containing depleted uranium.

Russia has condemned the move.

At least 14 people have died in severe weather in southeastern Europe.

Turkey, Bulgaria and Greece have been particularly badly hit by heavy rainfall and mudslides.

At least five of those deaths happened when a campsite in northwestern Turkey was hit by flash floods.

Greece says it's seen record rainfall.

Two Austrian nationals have been reported as missing in the mountain region of Pylion.

Flooding from a cyclone in southern Brazil has killed at least 31 people and left well over 2,000

homeless.

Houses have been washed away, motorists have been trapped in their vehicles and streets have been flooded in several cities.

Eduardo Leity is the governor of Rio Grande do Sul.

Hundreds of people were saved, hundreds of people were rescued

but unfortunately I've now received information making it the highest death toll in a weather event in the state of Rio Grande do Sul.

Scientists at the Japan Aerospace Exploration Agency have been celebrating the successful launch of a lunar mission that they're hoping will enable the country to become only the fifth to reach the surface of the moon.

A rocket carrying a lunar lander has taken off from a space centre in southern Japan.

The British government has announced that it's to rejoin the EU's flagship scientific research scheme

Horizon.

Associate Membership had originally been agreed when the UK formally left the EU in 2020 but it was scuppered due to a post-Brexit dispute over trade rules.

British scientists have expressed relief at the decision.

This afternoon's weather sunny and warm with highs ranging between 23 and 29 degrees.

And now for the news in German with Rosanna Azarra.

Vielen Dank.

In Griechenland wird nach den schweren Unwettern ein Ehepaar aus Graz vermisst, das bestätigt das Außenministerium.

Das Paar hat in der Region Pilion Urlaub gemacht, seine Ferienunterkunft wurde von den enormen Wassermassen weggeschwemmt.

Die Familie hat am Montag das letzte Mal Kontakt zu den beiden.

Die Hochwassersituation in Mittelgriechenland gilt weiter als sehr angespannt.

Die Regierung in Athen hat vor kurzem angekündigt, das Militär in die Überschwemmungsgebiete zu schicken.

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die Metallindustrie dürften heuer schwierig werden.

Die Arbeitgeberseite will keine Abgeltung der Inflation zusagen.

Christian Knilopmann, der metalltechnischen Industrie, sagt, die Industrie stecke in einer Rezession.

Die für die KV-Verhandlung maßgebliche Inflation liegt bei 9,6 Prozent.

Die Gewerkschaft betont einen Abschluss darunter, nicht zu akzeptieren.

Um die Kinderbetreuung auszubauen,

will Bildungsminister Martin Pollaschek Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für die Elementarpädagogik gewinnen.

Die Aktion Klasse Job habe sich bei Lehrkräften bereits bewährt und soll daher ausgeweitet werden.

Wie viele Personen gesucht werden, ist unklar.

Die Bundesregierung hat angekündigt,

bis 2030 50.000 zusätzliche Plätze in der Kinderbetreuung schaffen zu wollen.

Mieten sind in Österreich erneut teurer geworden.
Der Quadratmeterpreis hat laut Statistik Austria im zweiten Quartal 9,3 Euro ausgemacht.
Das ist ein Plus im Jahresvergleich von rund 8 Prozent.
Am stärksten gestiegen sind private Mieten im Neubau, gefolgt von Altbau-Hauptmieten.
Viel noch die Wetterprognose, es bleibt sommerlich, Simon Kühldorfer.
Es ist wirklich eine besonders beständige Wetterlage, die festgefahren hat.
Heute ist der vierte Tag, an dem es in ganz Österreich trocken und saisonig ist, mindestens fünf weitere Tage kommen ab morgen noch dazu.
Flankiert wird das Hoch einerseits vom Ex-Harrican Franklin, der sich über dem Atlantik abgeschwächt hat und mittlerweile als normales Tiefdruckgebiet in Spanien und Portugal viel Regen bringt.
Und südöstlich unseres Hochs wütet das Tief Daniel und bringt heute in Griechenland noch einmal heftige, niedrige Regengüsse.
Ab morgen ist es mit den Unwetter in Griechenland vorbei.
Bei uns folgt morgen wieder das gehapte sonnige Spätsommerwetter.
Oft ist es von früh bis spätsomnig, nur hier und da anfangs nebelig, etwa im Mürztal oder in Unterkärnten.
Die Temperaturen erreichen 23 bis 30 Grad.
Auch am Wochenende wird es sehr sonnig, mit bis zu 30 Grad, vor allem im Großraum Wien.
Das war das Mittagsschonal vom 7. September.
Frau Schiefer, Günter Thomasch und Helene Seelmann, Ihr Team heute sagt Danke für Interesse.
Haben Sie einen angenehmen Nachmittag mit dem Programm von Österreich 1.
Es ist gleich 13 Uhr.